

Dresdner Volkszeitung

Vollständig: Dresden
Sabon & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Verkaufsstelle: Geb. Anstalt, Dresden
und Sächsische Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Postgebühren mit den wöchentlichen Beilagen
„Nach der Arbeit“ und „Voll und Zeit“ für einen halben Monat 1 M.
Einzelnummer 10 Pf.
Telegraphische Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 26261. Sprech-
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 26261 und 12707.
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 6 Uhr nachmittags.

Abzugspreis. Grundpreise: die 29 mm breite Nonpareillezeile
30 Pf., die 90 mm breite Reklamzeile 1,50 M., für auswärtige An-
zeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuch
40 Proz. Rabatt. Für Briefverteilung 10 Pf.

Nr. 219

Dresden, Montag den 20. September 1926

37. Jahrg.

Christlichsoziale Korruption

Der österreichische Bankstand

A. Wien, Mitte September.

Es sind jetzt genau zwei Monate her, seitdem die sozial-
demokratische Fraktion im Nationalrat ihren Antrag auf Er-
nennung der Minister aufstellte. Es war vor-
auszusehen, daß die Mehrheit des Nationalrats nicht ihre
eigene Regierung wegen

Verflechtung von Staatsgeldern

zur Rettung christlich-sozialer Banken und christlich-sozialer
Banken unter Auflage stellen werde. Deshalb hatten die
Sozialdemokraten schon vorher durchgehend, daß mit der Er-
nennung der Regierung der Zentralbank, die zum Zusammenbruch
ihres christlich-sozialen Instituts führte, zunächst ein eigenes
Statutarium betraut und daß auch noch ein parlamen-
tarischer Untersuchungsausschuß eingesetzt
wurde.

Dieser Tage hat nun die erste Sitzung des parlamen-
tarischen Ausschusses stattgefunden und dort hat im Namen
des Statutariums der Vizepräsident der Bankkommission Ge-
nosse Stern über die bisherigen Ergebnisse der Prüfung be-
richtet. Es ist erst ein Teil der Prüfung, deren Ergebnisse da-
nach veröffentlicht werden, aber schon jetzt ergibt sich ein Bild, das
man erwarten hat, weit aus übertrifft.

Der Kern des Bankstandes ist die „Steierbank“, die von
berühmten Großhändlern Castiglioni gegründet
wurde. Der Landesoberbankdirektor Dr. Stern, die
Präsidenten der Landesoberbankdirektionen von Steiermark Dr. Kinn-
berger (berühmter österreichischer Unternehmerrichter) und
Dr. Kinnberger (berühmter österreichischer Unternehmerrichter)
sind. Um die beiden christlich-sozialen
Banken zu retten, mußte die Zentralbank diese Bank auf-
kaufen und sich dadurch selbst in die größten Schwierigkeiten
bringen, bis sie nur noch durch die 62 Milliarden Kronen
des Statutariums (600 000 M.) vor dem Zusammenbruch gerettet
werden konnte.

Damit die Zentralbank sich zur Rettung der Steierbank
erklärt, wurden ihr — wie durch das Statutarium be-
stimmte ist — von der Postsparkasse 20 Milliarden (etwa
1 000 000 M.) geborgt, allerdings zu einem Zinsfuß von
10 Prozent. Dabei wurde bestimmt, daß sie das Geld, das sie
entlehnt hat, zu einem Zinsfuß von 6 Prozent unter dem Bankzinsfuß
halten darf, bis sie durch diese 6 Prozent
ein wenig verleiht habe. Es war
ein wenig verleihtes

Wohlstand von zehn Milliarden als Prämie für die Rettung
der beiden christlich-sozialen Führer.

Um aber die Steierbank, die nominell noch immer be-
steht, also leicht eine Gefahr werden könnte, wenn die Ge-
schäfte ihrer Filialen sich einem indiskreten Prüfer entzö-
gen, hat man sich bemüht, die Regierung mit der „Voden-
bank“, einer Bank, hinter der das Haus Rothschild
steht, die Vereinbarung, daß diese die Aktien der Steierbank
kaufen, allerdings ziemlich wertlos waren) um nicht erhalten
zu werden, worauf sie aber die Garantie für die Beträge übernehmen
sollte, die die Postsparkasse für die verfallenen christlich-sozialen
Banken angewendet hatte.

Es war das natürlich nur eine Scheingarantie,
da das Parlament zu beruhigen. Aber das Haus
Rothschild und sein Vertreter, der Leiter der Bodenbank
Dr. Sieghart (zugleich Eigentümer des Neuen Wiener
Theaters), trauten der Sache doch nicht recht und wollten
keine Bezahlung. So kam folgendes Geschäft zustande:
Die Landesverwaltung der Steiermark (an
deren Spitze eben Ainteln und Ahter sind) beschloß ohne
Wissen der sozialdemokratischen Landes-
regierung, die Aktien der „Steierbank“ zu kaufen.
(Dieses edle Paar, der christlich-soziale Antisemit
und der italienische Rabbinder, machte seine Geschäfte
unter dem Namen, der Antisemit zur Sicherung
durch den semitischen Geist.) Die bloße Verkaufsbewegung
müßte an der Börse eine Panik hervorrufen, und
tatsächlich stiegen die Aktien von 25 auf 75 Groschen, so daß
die Rothschildbank damit etwa zehn Milliarden verdienen
würde. Ainteln begünstigte sich nicht, seine Aktien aus den
Wäuteln des Landes — denn das Land kaufte die Aktien erst
zum höchsten Kurs! — so reich zu entschädigen. Er mußte
den Ministern seiner Geschäfte den Mund stopfen,

so veranlaßte er die höchsten Beamten der Landesver-
waltung (unter ihnen auch den Staatskommissar der Steier-
bank), bei der Steierbank auf Aktien zu setzen, die man es
in Wien „Korruption“ nennt, „waschen“.

Außerdem wurde die Steierbank noch mit vier Mil-
liarden der Zentralbank durch Zinsfußdiffe-
renzen bei Beteiligung an einer Anleihe entschädigt. Aber
das war noch nicht alles. Wie ja auch die bisherigen Entschädigungen
für die Zentralbank nicht im Vergleich zu dem, was
den Sozialdemokraten hätte kommen dürfen. Denn trotz den Widerständen
der Sozialdemokraten hat Genosse Stern angekündigt, daß
das Statutarium der Zentralbank jetzt schleunigst eine
Untersuchung der Gebahrung der Steier-
bank vornehmen wird.

Der Finanzminister wurde jetzt über die Vor-
geschichte des Bankstands der Zentralbank und über die Ver-
fügungen der Regierung im Untersuchungsausschuß ver-
nommen. Seine Aussagen sind dadurch gekennzeichnet, daß
er beinahe auf alle Fragen antwortet, daß er weiß von
nichts! Er mußte im Kreuzverhör zugeben, daß er auch
ohne jemand zu fragen, die Millionen Kronen an die
Steierbank gegeben hat, und zwar auf Veranlassung des
Präsidenten der Steierbank ist. Dieser habe gesagt, daß die Zu-
weisung „notwendig“ sei. Der Finanzminister muß auch zu-
geben, daß noch vor der öffentlichen Verkaufsbewegung die Re-
gierung schon lange vorher wußte, daß es mit
der Zentralbank schlecht stehe und daß die Re-
gierung ihr auch bereits Kredite gegeben hat. Auch den
Bundeskanzler hat der Untersuchungsausschuß ver-
nommen, seine Aussagen waren sehr schwankend und wandten
sich wiederholt gegen das Benehmen des Finanzministers.
So regiert man — christlichsozial!

Gewaltige Gewerkschaftsunternehmungen

D. Berlin, 20. September. (Eig. Funk.) Die Gewerkschaften
der freien Gewerkschaften sind in Groß-Berlin ihren Abschlüssen durch
eine gewaltige Ausdehnung auf der bereits historisch gewordenen
Tropfenweise. In riesigen Zügen hatten sich aus den
einzelnen Zellen der Stadt die verschiedenen Gewerkschaftsverbände
gebildet. Die Gewerkschaften, die sich dort aufammen-
fanden, gingen in viele Hunderte über, so daß die ganze
nördliche Seite der Stadt erfüllt war. Sehr früher der freien Gewerks-
schaften sprachen, nach Rückfragen des Deutschen Arbeiter-
verbandes und Gefangenenverbänden des Arbeiter-Sängerbundes, zu
sich und der internationalen Gewerkschaftsbewegung und forderten
zum Zusammenstoß auf, um auch in Zukunft den ge-
waltigen Aufschwung der Arbeiterklasse gewachsen zu sein. Nach der
Aussage fanden die einzelnen Gewerkschaften statt.

Ähnlich erfreuliche Berichte liegen aus vielen anderen
Städten vor; es ist uns unmöglich, sie abzuzeichnen.

Das sozialistische Banner

Der ostfälische Bezirksparteitag zur Landtagswahl

Der Bezirksparteitag der ostfälischen
Sozialdemokratie, der am Sonntag vormittag im
Waldhaus Dresden-Ost stattfand, nahm einen ersten und
würdigen Verlauf. Unter den zahlreich erschienenen
Mitgliedern der Sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten des
Bezirks, Genosse Kratz als Vorsitzender hob einleitend die Be-
deutung der Tagung hervor, die die Vorbereitungen für den
Landtagswahlkampf zu treffen hatte. Einmal galt es, sich geistig
auf den bevorstehenden Kampf einzustellen, zum anderen mußten
die Personen als Kandidaten ausgewählt werden, die das
Vertrauen der Arbeiterklasse haben und damit das künf-
tliche Geschick der Arbeiterklasse im Ostfälischen Landtage in die
Hand nehmen sollen. Die Vorbereitungen hierzu waren in aller
Sachlichkeit und kameradschaftlich er-
örtert worden, ebenso nahm der ostfälische Parteitag einen
einmütigen, von Zuversicht getragenen Verlauf. Die
Gegner, insbesondere die Dreimundzwanziger, die bereits vorher
von „schweren Streitigkeiten“ bei der Kandidatenaufstellung
erwähnt, sind damit wieder einmal, wie schon so oft, lägen
gestraft worden. Selten war in den letzten Jahren eine so
klarheitvolle Tagung der hiesigen Partei so vom Geist der So-
zialdemokratie getragen wie der gestrige Parteitag; ein
Kampf, die der Sozialdemokratie in den nächsten Wochen in
Sachsen bevorsteht.

Genosse Edel hatte das einleitende Referat über das Thema Sozialdemokratie und Landtagswahl

übernommen. Der Wahlkampf — so führte er aus — kündigt sich
durch Angriffe unserer Gegner an. Aus dem bürgerlichen Massen-
anfang werden die alten, bekannten Phrasen hervorgeholt: Für die
nationale Einheit, zum Schutz von Ruhe und Ordnung,
gegen ein neues Sozialgesetz, gegen die Klassenkampftheorie
Sozialdemokratie. Das zeigt, daß es sich bei dem bevorstehenden
Kampf um einen

Kampf um die Macht im Staat

handelt. Früher war das Ziel der reaktionären Parteien die
Wiederherstellung der Monarchie. Heute erklärt man auf reaktio-
närer Seite, die Sozialform sei nebenächlich.

Die Hoffnung auf eine nationalsozialistische Ein-
heitsfront, die in Sachsen im Dreimundzwanziger ver-
wirklicht werden sollte, spiegelt sich auch in der bekannten Rede des
Industriellen Lüderberg wider. Ohne die Arbeiterklasse kann
nicht reiner werden, erklären plötzlich die Industriellen, und stellen
auf den Boden der republikanischen Verfassung, und stellen
Wandlung der Industriellen ist nur eine Scheinrede. Die
deutsche Republik gilt den Industriellen heute
als fatalisima. Verstand hat früher mit dem Gedanken der
Republik in der Arbeiterklasse ohne weiteres der Begriff der Frei-
heit, so ergibt heute ein Ueberblick über das wirtschaftliche, soziale
und proletarische Stand, daß es der Reaktion gelungen ist, die

Republik auf der ganzen Linie zu beherrschen. Daher geht der
Kampf heute ausschließlich um den Inhalt der Republik.

Auch die Wandlung in außenpolitischer Hinsicht ist
bei den reaktionären Parteien nur eine Scheinrede. Trotz dem
Eintritt in den Völkerverbund bestehen die imperialistischen Tendenzen
fort, und Genosse Paul bei hat recht, wenn er ausruft: „Der
Friede in Genf hat begonnen, warten wir auf den ersten Krieg.“

Wie stehen wir zum Staat? Man sagt, die Sozial-
demokratie muß bekämpft werden, weil sie staatsverneinend und
antinationale ist.

Wir bejahen am Staat, was gut ist, wir verneinen, was
schlecht ist.

Indem wir den Klassenwillen der Arbeiterklasse anwenden, kämpfen
wir für die sozialistische Gesellschaft, daher bejahen wir
erneut den Gedanken des Klassenkampfes. Gilt
dies grundsätzlich, so für die sächsischen Verhältnisse im besonderen.
Wir halten uns auch grundsätzlich an das internationale Bekenntnis
des Sozialismus. Das bedeutet praktisch für Sachsen die Forde-
rung: Sozialisten Deutschlands, vereinigt euch! Denn unser Kampf
streben kann sich nur so weit entfalten, als es durch die Macht des
organisierten Proletariats in Deutschland unterstützt wird.

Die Reaktion hat gesiegt. Das zu verhindern, wäre ver-
fehlt. Es zeigen sich in freier Form die Werkzeuge. Wie die
Reaktion im Reiches Postigen auf Position zurückgeworfen, so ging
sie in Sachsen durch die Endemokratisierung auf
rumpfen auf dem Gebiet der Justiz ab. Natürlich schloß sich
die sächsische Klassenjustiz der Reaktion im übrigen Deutschland an.
In beiden Hinsicht verstandigte sich die Reaktion an den Aufgaben
der Jugendberziehung.

It also in Sachsen etwas erreicht? Die An-
hänger der Auffassung der Dreimundzwanziger haben den Fortschritt
oft gepriesen, daß früher kein Nachwächter Sozialdemokrat sein
konnte, und daß es heute sogar sozialdemokratische Minister gibt.
Aber diese Einstellung führt uns hin zu der Frage: Was ist
Macht? Sozialdemokratische Minister allein sind es noch nicht.
Dr. Max Adlers Wort gilt für Sachsen ganz besonders: „Schon
Diktatur des Kapitalismus.“

Wichtiger noch als die Ideen sind die materiellen Fragen.
Die Regierung hat versagt in der Hilfe für die Erwerbslosen.
Mit jämmerlichen Ausreden hat sie die sozialdemokratische Aktion
auf Berechtigung von 30 Millionen Mark für den Wohnungsbau
auf die Verdrängung sozialdemokratischer Minister abgelehnt.
Regierung ermächtigt, wie die Reichsregierung im Reich, im Lande
die Steuern für die Besten. Politisch und sozial, im Lande
schon außerordentlich bedeutsam war ebenfalls die Zustimmung der
sächsischen Regierung während der Kürtenaufhebung.
zu geben, weil er einen „heiligen“ Vertrag mit den Wählern
brechen wollte! Der Innenminister Max Müller erklärte: „Nie-
mand soll verwehrt sein, an Vergangenes zu denken, an das mit
Liebe und freundlicher Erinnerung zu denken, wenn man in der
Vergangenheit erroget, werden ist.“ Auf den sächsischen Innen-

Wirbelsturmkatastrophe

Zwei Zugunfälle in Florida gerührt

U. New York, 20. September. (Eig. Funk.) Die beiden
Zugunfälle der amerikanischen Küste, Miami und Palm-
beach auf Florida, Treffpunkte der amerikanischen Millionäre,
wurden am Sonnabend mit Einbruch der Dunkelheit von einem
furchtbaren Wirbelsturm heimgesucht, so daß zunächst alle Ver-
bindungen unterbrochen sind. Die einzigen Nachrichten liefen aus
dem Flugzeug von einem Dampfer ein. Danach sollen die Ver-
heerungen furchtbar sein. 2000 Gebäude, darunter das größte
Hotel im Süden von Miami liegenden Schiffe sind zerstört, der Bahn-
verkehr unterbrochen. 75 Personen sind gerührt, der Bahn-
verkehr unterbrochen. Der Schaden wird auf 100 Millionen
Dollar berechnet, ist aber noch kaum zu überschätzen. Es handelt
sich um die größte Sturmkatastrophe, von der Florida je heimgesucht
wurden ist. Der Orkan wüthete sich von den Küsten her und schenkt
auch Cuba und Mexiko getroffen zu haben.

Einsturz einer Oberbrücke

D. Berlin, 20. September. (Eig. Funk.) Am

Sonntag, vormittags 11,30 Uhr, stürzte in dem Oberbrücken
Gare (zwischen Steintin und Schwebel) die neuerbaute,
weil noch im Bau befindliche Oberbrücke ein. Die Ein-
weihung sollte am kommenden Sonntag stattfinden. Infolge
des Einsturzes waren noch etwa 12 bis 15 Arbeiter an dem Bau-
werk beschäftigt. Kurz nachdem ein Vergnügungsdampfer den mit-
ten der Brücke passierte, erlitt er eine weiche in weichen ver-
den Pfeiler stürzte zusammen und verschwand in den Fluten.
Auch der mittlere Brückenbogen stürzte mit in den Strom,
ebenso der dritte Bogen, obwohl er halb auf dem Land errichtet
wurden mit in die Tiefe gerissen. Drei davon
sind ertrunken, die übrigen konnten von den rasch herbei-
eilenden Einwohnern gerettet werden, zwei hatten allerdings
so schwere Verletzungen erlitten, daß sie in bedenklichem Zu-
stand in das Steintiner Krankenhaus übergeführt werden
mußten. Der Regierungspräsident, der Landrat, Vertreter der
Wasserbauverwaltung und der Oberstaatsanwaltschaft haben sich
an die Unglücksstelle begeben, um die Ursachen des Einsturzes
festzustellen.